Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister Wegner, lieber Kai,

sehr geehrte Frau Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses, Dr. Haghanipour,

sehr geehrter Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Harbarth,

sehr geehrte Frau Pau,

lieber Ebi Lehrer,

sehr geehrte Frau Dr. Spohr,

lieber Jiří Čistecký,

lieber Kuba,(Gesandter Polen)

sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schülerinnen und Schüler,

vielen Dank, dass Sie heute hier sind.

Bevor ein Zug seine Fahrt aufnimmt, ist seine Richtung längst bestimmt.

Der entscheidende Moment einer Zugfahrt ist nicht immer der Augenblick, in dem sich die Räder in Bewegung setzen.

Manchmal liegt er viel früher: in Entscheidungen, die den Weg bereiten, und im Schweigen derer, die ihn hätten aufhalten können.

Heute, vor genau 85 Jahren, am 18. Oktober 1941, verließ der erste Transport Berliner Juden diesen Ort.

Das Ziel war das Ghetto Łódź.

Es war der Beginn einer systematischen Deportation, die zehn Tausende Berliner Juden aus ihrer Heimatstadt reißen und sie in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager führen sollte.

Als dieser Zug abfuhr, hatte die Verfolgung längst ihr Ziel erreicht.

Die Menschen, die hierher gebracht wurden, waren zuvor aus ihren Berufen gedrängt, ihrer Rechte beraubt, aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und ihrer Würde beraubt worden.

Sie mussten zu Fuß durch ihre eigene Stadt marschieren, um von hier deportiert zu werden.

Sie mussten sogar für die Kosten ihrer eigenen Verschleppung aufkommen.

Die Deportation begann nicht auf den Schienen. Sie begann mitten in der Gesellschaft.

Sie begann mit Worten, die Juden zu Fremden erklärten.

Mit Gesetzen, die ihnen ihre Rechte nahmen.

Mit Nachbarn, die wegschauten.

Mit einer Gesellschaft, in der die Ausgrenzung jüdischer Menschen Schritt für Schritt zur Normalität wurde.

Meine Damen und Herren,

an diesem Ort stehen wir heute vor den Spuren dieser Verbrechen.

Die Gleise sind geblieben.

Doch die Menschen, die von hier deportiert wurden, fehlen.

Mit ihnen verschwanden Familien, Freundschaften, Lebensgeschichten und Zukunft.

Juden, die Berliner waren.

Juden, die zu dieser Stadt gehörten.

Juden, denen das Recht abgesprochen wurde, hier zu leben.

Wir können ihre Schicksale nicht rückgängig machen.

Aber wir können uns fragen, was wir aus ihnen gelernt haben.

85 Jahre sind vergangen, seit der erste Zug Berlin verließ.

Doch die Zeit allein nimmt uns nicht die Verantwortung ab.

Sie verpflichtet uns, die Warnungen der Vergangenheit zu erkennen, die Gefahren der Gegenwart beim Namen zu nennen und zu handeln, bevor es zu spät ist.

Antisemitismus zeigt sich heute auf deutschen Straßen, an Schulen und Universitäten, in kulturellen Einrichtungen und im digitalen Raum.

Juden werden brutal angegriffen.

Jüdische Eltern fragen sich, ob ihre Kinder sicher zur Schule gehen können.

Jüdische Einrichtungen benötigen rund um die Uhr Polizeischutz.

Juden müssen sich noch immer dafür rechtfertigen, wer sie sind, was sie glauben oder zu welchem Land sie eine Verbindung haben.

Das geschieht nicht in Schwarz-Weiß-Aufnahmen aus einer längst vergangenen Zeit. Es geschieht hier und heute. In Berlin. In Deutschland.

Dabei beginnt Antisemitismus nicht erst mit einem Angriff. Er beginnt dort, wo Hass unwidersprochen bleibt.

Wo Menschen ausgegrenzt werden und andere schweigen.

Wo man sich an Bedrohungen gewöhnt und das Unrecht irgendwann als Teil des Alltags akzeptiert.

Deshalb reicht es nicht, an diesem Ort zu trauern.

Es reicht nicht, die richtigen Worte zu finden, Gedenktage zu begehen und historische Verantwortung zu beschwören.

Erinnerung muss sich im Handeln beweisen.

Dieser Auftrag lässt sich nicht einfach delegieren.

Nicht an die Politik, nicht an die Polizei, nicht an die Gerichte und nicht an die nächste Generation.

Sie beginnt bei jedem Einzelnen von uns.

Wir dürfen erst dann von erfüllter Verantwortung sprechen, wenn jüdische Kinder ohne Angst zur Schule gehen können.

Wenn jüdische Einrichtungen keinen Festungen gleichen.

Wenn jüdische Menschen ihre Kippa tragen, ihre Feiertage begehen und offen sagen können, wer sie sind – ohne Angst, ohne Rechtfertigung.

Auch der Rechtsstaat muss sich einer unbequemen Frage stellen: Wie lange wollen wir hinnehmen, dass die Meinungsfreiheit als Schutzschild für Hass und ideologische Hetze missbraucht wird?

Gerade hier in Deutschland, wo die Freiheit der Meinung aus der Vergangenheit erwächst, muss klar sein, dass ihre Feinde sich nicht darauf berufen dürfen.

Es braucht schlagkräftige Gesetze, die dort angewandt werden, wo die Freiheit missbraucht wird. Klare Verstöße müssen so benannt und bestraft werden.

Erst wenn die Gesetze eine abschreckende Wirkung haben und diejenigen schützen, die die Meinungsfreiheit brauchen und achten, dann können wir von einem Rechtsstaat sprechen, der in der Lage ist, jüdisches Leben in Deutschland zu schützen.

Wo die Grenzen des Rechts überschritten werden, muss die Justiz mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln handeln.

Eine freie Gesellschaft muss den Mut haben, ihre Freiheit gegen diejenigen zu verteidigen, die sie missbrauchen.

Die Toten können wir nicht zurückholen.

Das Unrecht von damals können wir nicht ungeschehen machen.

Aber wir können entscheiden, ob wir wegsehen oder widersprechen.

Ob wir schweigen oder unsere Stimme erheben.

Ob wir zulassen, dass jüdisches Leben erneut von Angst überschattet wird – oder ob wir mit aller Entschlossenheit dafür einstehen, dass es in Deutschland eine sichere Zukunft hat.

Die Verantwortung, die uns dieser Ort auferlegt, endet nicht mit einer Gedenkveranstaltung.

Sie endet erst, wenn jüdisches Leben in Deutschland frei, sicher und ohne Angst gelebt werden kann.

Wenn die Würde jedes Menschen unantastbar bleibt. Und wenn Menschlichkeit nicht nur unser Anspruch ist, sondern unser Handeln bestimmt.

85 Jahre nach dem ersten Transport wachsen Bäume durch die Gleise.

Sie sind zu einem natürlichen Hindernis geworden – ein stilles Zeichen dafür, dass von diesem Ort niemals wieder ein Zug zur Deportation von Juden abfahren darf.

Jeder von uns kann ein solches Hindernis sein – im Alltag, in der Schule, am Arbeitsplatz und überall dort, wo Juden ausgegrenzt und angefeindet werden.

Denn die Antwort auf die Vernichtung jüdischen Lebens darf niemals Schweigen sein. Sie muss das Leben sein.

Am Israel Chai

Toda raba.